

## **Grußwort**

**des Hauptgeschäftsführers  
der IHK zu Schwerin  
Herrn Klaus-Michael Rothe**

**anlässlich der Veranstaltung  
"Fünf Jahre Umweltallianz  
Mecklenburg-Vorpommern"**

**am 31. August 2006, 10.00 Uhr  
im Vereinshaus des  
Schweriner-Segler-Vereins**

Sehr geehrter Herr Minister Prof. Methling,  
Sehr geehrte Herren Staatssekretäre Dr. Stegemann und Schröder,  
meine sehr geehrten Damen und Herren

auch die IHK zu Schwerin zieht heute vor Ihnen aus Anlass des 5-jährigen Bestehens der Umweltallianz ein kurzes aber durchaus erfreuliches Fazit aus Sicht der Wirtschaft des Landes Mecklenburg-Vorpommern.

Betonen möchte ich vor allem, dass die Umweltallianz mit dazu beigetragen hat, dass sich die Zusammenarbeit in Umweltfragen zwischen Politik und Wirtschaft seit 2001 konstruktiver und pragmatischer gestaltet hat. Bei einer freiwilligen Partnerschaft wird dies zwar an sich vorausgesetzt. Aber, wie viele andere Partnerschaften vor allem im Bereich der Politik, zeigen, ist dies nicht immer selbstverständlich.

Der gegenseitige Austausch steht in der Umweltallianz an erster Stelle. Aber auch auf Bundesebene muss die Initiative zu einem regelmäßigen Umweltdialog mit der mittelständischen Wirtschaft endlich ergriffen werden. Nur möglichst enge Kontakte mit allen Bereichen der Wirtschaft sind daher geeignet, die Wirkungen umweltpolitischer Maßnahmen auch auf Bundesebene bereits im Vorfeld von Gesetzgebungsvorhaben besser zu ermitteln.

Besonders wichtig ist daher eine frühzeitige Diskussion neuer Initiativen in der internationalen und europäischen Umweltpolitik, um möglichst rechtzeitig einen sachgerechten Ausgleich ökonomischer und ökologischer Interessen zu erreichen. Die Information aller Betroffenen, vor allem der kleinen und mittelständischen Unternehmen ist zeitnah sicherzustellen.

Ein in diesem Zusammenhang zu nennendes Beispiel ist die Idee des Umweltgesetzbuches: Seit vielen Jahren - einige von Ihnen kennen die Diskussion wohl bereits aus den Zeiten ihrer mittlerweile auch schon länger zurückliegenden juristischen Ausbildung - gibt es Bestrebungen, das zersplitterte Umweltrecht zu verschlanken und zu vereinheitlichen. Der Kompromiss der Föderalismusreform darf sich dabei aber nicht als kleinster gemeinsamer Nenner erweisen. Wir brauchen ein wirklich schlankes, einheitliches und vor allem verlässliches Umweltrecht. Fehlentscheidungen wie z.B. die Verbandsklagemöglichkeit führen zu Auswüchsen wie aktuell in Schwerin im Zuge des BUGA-Projektes zu beobachten ist.

Wir denken, Mecklenburg-Vorpommern kommt bei der weiteren Diskussion des Projektes "Umweltgesetzbuch" durchaus auch bundesweit eine besondere Rolle zu. Ausgestattet mit zahlreichen Naturschätzen bestehen wir ja seit der Wiedervereinigung den Spagat zwischen Initiierung und Begleitung des wirtschaftlichen Aufschwungs einerseits und des Naturerhaltes und des Naturschutzes andererseits.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

Westmecklenburg ist auf Initiative der IHK zu Schwerin, eine von drei Testregionen für Bürokratieabbau in Deutschland.

Nachdem in den drei Testregionen Westmecklenburg, Hansestadt Bremen und Ostwestfalen-Lippe in den Jahren 2003 und 2004 umfangreiche Listen mit detaillierten Vorschlägen zum Abbau bürokratischer Hemmnisse auf Bundes- und Landesebene erarbeitet wurden, erfolgte 2005 mit dem "Gesetz zum Abbau von Bürokratie und zur Deregulierung" der damaligen Bundesregierung eine Umsetzung einiger unserer Schweriner Vorschläge.

Beispielhaft zu nennen sind von diesen umgesetzten Vorschlägen echte Maßnahmen zum Bürokratieabbau im Umweltrecht:

- die Aufhebung der Verpflichtung zur Erstellung und Vorlage von Abfallwirtschaftskonzepten und Abfallbilanzen für private Erzeuger,
- die Erleichterung der Berichts- und Dokumentationspflichten für Unternehmen mit Umweltmanagement-Systemen (EMAS),
- die Möglichkeit der Verwertung statt Beseitigung von Abfällen nach dem Chemikaliengesetz,

sowie

- die erleichterte Übertragung immissionsrechtlicher Vorbescheide durch die Erweiterung der Befugnis zur Antragstellung in Genehmigungsverfahren auf natürliche und juristische Personen, welche die Anlage nicht selbst errichten oder betreiben wollen.

Diese Beispiele sollten uns ermutigen, den eingeschlagenen Weg weiter zu beschreiten. Die Vorarbeiten zum Zweiten Mittelstandsentlastungsgesetz auf Bundesebene laufen jetzt an. Konkrete Vorschläge von Ihnen greifen wir gerne auf.

Noch eine Anmerkung zum Bürokratieabbau: Wenn in Deutschland von Entbürokratisierung gesprochen wird, ist oft nur ein Personalabbau bei Behörden, nicht aber die materiell-rechtliche Entlastung der Unternehmen gemeint. Unternehmen haben aber nicht zwingend Vorteile, wenn in der Verwaltung Personal eingespart wird und sie z.B. deshalb zur Aufbereitung von Genehmigungsunterlagen höhere Gutachterkosten aufbringen müssen.

Deutschland muss jedoch Anschluss finden an Staaten wie Niederlande, Schweden oder Dänemark, die uns im Monitoring und bei Strategien zur tatsächlichen Senkung der Administrativkostenbelastung der Wirtschaft weit voraus sind.

Entbürokratisierung sollte deswegen zu einem zentralen eigenen Anliegen des Bundes und auch des Landes Mecklenburg-Vorpommern werden, um den im Laufe der Jahre entstandenen viel zu dichten Vorschriftenschwungel zu lichten.

Mit dem 1., 2. und 3. Gesetz zur Deregulierung und zum Bürokratieabbau hat Mecklenburg-Vorpommern auf Initiative unserer IHK und in teilweise enger Zusammenarbeit von uns mit dem Justizministerium des Landes bundesweit deutliche Achtungszeichen gesetzt. Das zukünftige 4. Gesetz bietet die Chance, auch im weiten Feld des Umweltrechts neue Möglichkeiten innerhalb der Testregion Westmecklenburg befristet zu testen. Wir alle müssen mutiger werden, diese Möglichkeiten der Testregion auch tatsächlich und in der Breite spürbar mit Leben zu

erfüllen. Insoweit auch Dank Herrn Minister Methling für Ihr Zitat des Apells unseres IHK-Präsidenten Thiele von unserer Freiheit auch verantwortlich, d. h. mit wachsender Eigenverantwortung, aktiv Gebrauch zu machen!

Sehr geehrte Damen und Herren,

deutsche Unternehmen haben seit Jahrzehnten erheblich zur Verbesserung ihrer Umweltleistung, insbesondere zur Steigerung der Ressourceneffizienz, beigetragen. Sie fühlen sich dem Ziel der nachhaltigen Entwicklung verpflichtet.

Die deutsche Wirtschaft befindet sich aber in einer tief greifenden Wachstums- und Investitionskrise. Sie verliert in wichtigen Teilbereichen zunehmend ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit. Die ökonomische Krise hat zugleich schwerwiegende Folgen für den Arbeitsmarkt und die demographische Entwicklung entspricht nicht einmal in Ansätzen dem Postulat der Nachhaltigkeit.

Auch unter diesen miteinander verflochtenen Aspekten der Nachhaltigkeit stimmt das Bild, mit dem sich die Umweltallianz Mecklenburg-Vorpommern schmückt: Wir, Politik, Verwaltung und Wirtschaft, sitzen alle im sprichwörtlich selben Boot.

Und diesem Boot und somit uns allen, meine sehr geehrten Damen und Herren, wünsche ich auch zukünftig immer eine Handbreit Wasser unterm Kiel!

Vielen Dank!